



GBCOG



German Board and College of Obstetrics and Gynecology

Repräsentanz der DGGG und Fachgesellschaften
Hausvogteiplatz 12 • D – 10117 Berlin

Stellungnahme des

Berufsverband der Frauenärzte e.V. (BVF)

und der

Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e.V. (DGGG)

vereint im

German Board and College of Obstetrics and Gynecology (GBCOG)

**anlässlich der Öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Gesundheit des
Deutschen Bundestages am Mittwoch, 07. November 2018, zum Thema
„Kostenübernahme für Verhütungsmittel“**

06.11.2018 – Der Berufsverband der Frauenärzte e.V. hat bereits im Jahr 2014 gefordert, hormonelle Verhütungsmittel für Frauen bis 25 Jahre kostenlos abzugeben, um damit die Zahl der unerwünschten Schwangerschaften und der Schwangerschaftsabbrüche zu senken. In den letzten Jahren ist nach einem weltweit unübertroffenen Tiefstand an Schwangerschaftsabbrüchen pro 100.000 Frauen pro Jahr die Rate an Abbrüchen wieder angestiegen, obwohl sich der Verbrauch der Pille danach seit dem Wegfall der Rezeptpflicht beinahe verdoppelt hat. Das zeigt, dass die Forderung aus 2014 an Bedeutung eher gewonnen hat.

Als problematisch sieht das German Board and College of Obstetrics and Gynecology das Konzept an, die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln – unter Beibehaltung der ärztlichen Verordnungspflicht – an den Empfang von Sozialleistungen zu knüpfen. In gleicher Weise erfolgt heute schon in einigen Bundesländern und Kommunen die Kostenübernahme.

Dieses Vorgehen hätte zwei Nachteile:

- Zum einen ist es für Frauen, die Transferleistungen erhalten, beschämend, eine Kostenübernahme mit dem Nachweis ihrer Bedürftigkeit zu beantragen, sei es direkt beim behandelnden Arzt, der Apotheke, einem sozialmedizinischen Dienst oder einer anderen Institution.

**Präsident der Deutschen
Gesellschaft für Gynäkologie
und Geburtshilfe
DGGG e.V.**

Prof. Dr. Anton Scharl,
Amberg/ Weiden

**Präsident des Berufsverbandes der
Frauenärzte
BVF**

Dr. Christian Albring,
München

Sprecher GBCOG

Prof. Dr. Diethelm Wallwiener,
Tübingen

**Vertreter der Deutschen
Gesellschaft für Gynäkologie und
Geburtshilfe
DGGG e.V.**

Prof. Dr. Barbara Schmalfeldt,
Hamburg

Prof. Dr. Frank Louwen,
Frankfurt

**Vertreter des Berufsverbandes der
Frauenärzte
BVF**

Dr. Klaus König,
Steinbach

Dr. Doris Scharrel,
Kronshagen



GBCOG



German Board and College of Obstetrics and Gynecology

- Zum anderen werden durch dieses Konzept Frauen in Ausbildung und Studium nicht erfasst, die sich vielfach ebenfalls in einer finanziell angespannten Situation befinden, und ebenso wenig Frauen in schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen, die alle oftmals genauso wenig oder noch weniger Einkommen zur Verfügung haben, wie wenn sie Sozialleistungen beziehen würden. Diese Frauen würden durch eine derartige Regelung ebenfalls diskriminiert.

Ein kostenloser Zugang zu Verhütungsmitteln für alle Frauen unter Beibehaltung der frauenärztlichen Beratung und Verordnung, der gegebenenfalls auf eine Altersgrenze von 25 Jahren begrenzt sein könnte, hätte dagegen mehrere Vorteile:

- Frauen in finanziell angespannter Situation wären nicht mehr durch die Kosten belastet,
 - die Entscheidung für ein bestimmtes, optimal geeignetes Verhütungsmittel würde nicht mehr durch finanzielle Erwägungen beeinflusst, und
 - ungewünschte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche würden auf diese Weise verhindert.
-